



Antragsformular

Erstmalige Erteilung einer Fahrerlaubnis

Der Antrag kann nur bei vollständiger Vorlage aller Antragsunterlagen bearbeitet werden.

Angaben zur Person

Hinweis: Ihr aktueller Hauptwohnsitz muss im Stadtgebiet der Landeshauptstadt München liegen.	
Nachname	Vorname(n)
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsname	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsdatum	Geburtsort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ, Ort	Straße, Hausnummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Telefonnummer (freiwillige Angabe)	E-Mail Adresse (freiwillige Angabe)
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Fahrerlaubnisantrag

<input type="checkbox"/>	Hiermit beantrage ich die erstmalige Erteilung folgender Fahrerlaubnisklasse(n):							
<input type="checkbox"/> A1	<input type="checkbox"/> A2	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> B 96	<input type="checkbox"/> BE	<input type="checkbox"/> AM	<input type="checkbox"/> L	<input type="checkbox"/> T
Automatik								
<input type="checkbox"/>	Ich möchte die Fahrprüfung mit einem Kraftfahrzeug mit automatischer Kraftübertragung ablegen (Schlüsselzahl 78). Mit der Erteilung dieser/en Klasse/n dürfen Sie nur Fahrzeuge mit Automatikgetriebe fahren.							
<input type="checkbox"/>	Ich möchte die Fahrprüfung auf einem Kraftfahrzeug mit automatischer Kraftübertragung ablegen und absolviere eine praktische Ausbildung zum Führen von Fahrzeugen mit Schaltgetriebe der Klasse B nach Anlage 7 der Fahrschüler-Ausbildungsordnung (Schlüsselzahl B 197). Mit der Erteilung der Klasse B 197 dürfen Sie dann Fahrzeuge mit Automatikgetriebe als auch mit Schaltgetriebe fahren.							
<input type="checkbox"/>	Der Prüfungsort* ist nicht München, sondern:							
	<input type="text"/>							
*Prüfungsort für das Stadtgebiet München ist grundsätzlich München. Möchten Sie die Prüfung an einem anderen Ort ablegen, muss eine schriftliche Begründung mit Nachweis (Bestätigung der Arbeitsstätte, Schulbesuchsbescheinigung oder ähnliches) dem Antrag beigelegt werden; die Fahrerlaubnisbehörde entscheidet dann, ob auf diesen Prüfungsort ausgewichen werden kann §17 Abs.3 FeV.								
Ich benötige im Straßenverkehr				<input type="checkbox"/> eine Sehhilfe.			<input type="checkbox"/> keine Sehhilfe.	

Ich habe gesundheitliche Einschränkungen (körperliche / geistige Mängel):

(Angaben **freiwillig**: Es wird darauf hingewiesen, dass Falschangaben, die das Fahren einschränken oder ausschließen aufwändige und kostenintensive Verwaltungsverfahren zur Folge haben!).

Ausbildung erfolgt durch die Fahrschule:

Name der Fahrschule	
<input type="text"/>	
PLZ, Ort	Straße, Hausnummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Fahrschulnummer (sofern bekannt) oder Stempel der Fahrschule	
<input type="text"/>	

Erklärung zum Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis

Mir ist bewusst,

- dass eine bestandene theoretische Prüfung nach 12 Monaten **ihre Gültigkeit verliert**, sollte ich bis dahin nicht die praktische Prüfung bestanden haben,
- dass ich zur Fahrprüfung nicht zugelassen werde, wenn ich **am Prüfungstag meine Identität nicht durch ein Ausweisdokument** (Reisepass oder Personalausweis) **belegen** kann.

Ich bin bereits im Besitz einer Fahrerlaubnis aus einem Mitgliedstaat der EU, des EWR oder aus einem anderen Staat.

Nein Ja (Falls ja, bitte nachfolgende Felder ausfüllen)

Klasse(n):	Erteilt am:	Behörde/Land:	Führerscheinnummer:
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Ansonsten besitze oder besaß ich keine (**weitere**) **Fahrerlaubnis** eines anderen Staates, noch habe ich eine solche beantragt. Ebenso ist mir bewusst, dass ich mit der Erteilung der beantragten Fahrerlaubnis auf eine vorhandene ausländische verzichte. (§ 21 Abs. 2 Fahrerlaubnis-Verordnung - FeV).

Wurde Ihnen früher in einem anderen Staat eine Fahrerlaubnis entzogen ?

Nein Ja

Falls ja, in welchem Staat und wann

Bei einem früheren Entzug in einem anderen Staat kommt eine Erteilung einer Fahrerlaubnis nur in Betracht, wenn die Gründe für die Entziehung nicht mehr bestehen (§ 21 Abs. 2a Satz 2 FeV). Dazu haben Sie dann eine Bescheinigung des Staates vorzulegen, der Ihnen die frühere Fahrerlaubnis erteilt hatte (§ 21 Abs. 2b FeV).

Hinweis zum Datenschutz

Mir ist bekannt, dass ohne meine Angaben der Antrag nicht bearbeitet werden kann. Rechtsgrundlage ist das Straßenverkehrsgesetz (StVG) und die Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) in der jeweils geltenden Fassung.

Als Anlage 2 erhalten Sie das Informationsschreiben Art.13 Datenschutz-Grundverordnung, Sie können dort nachlesen, wie Ihre persönlichen Daten verarbeitet werden.

Hinweis:

Wenn Sie Ihren Führerschein für **mehr als eine Klasse beantragt** haben, sind mehrere Prüfungen abzulegen. In diesem Fall kann der Führerschein nicht vorab ausgestellt werden, sondern Sie erhalten vom Prüfer jeweils eine Bestätigung über die bestandene Prüfung (Theorie und Praxis), die Sie bei der Fahrerlaubnisbehörde vorlegen müssen, um bei Bedarf sofort eine vorläufige Fahrerlaubnis zu erhalten, mit der Sie in Deutschland fahren dürfen.

Für vorläufige Führerscheine oder mehrere Führerscheine zu unterschiedlichen Klassen können **weitere Gebühren** anfallen.

Gebühren für das Antragsverfahren

Gebühren: Erstmalige Erteilung einer Fahrerlaubnis: 44,70 Euro
zuzüglich 28,60 Euro (= 73,30 Euro) bei Klasse B96

Überweisen Sie die Gebühr an die Landeshauptstadt München auf eines der folgenden Bankkonten unter Angabe des Verwendungszweck. Legen Sie eine Kopie der Überweisungsbestätigung Ihren Unterlagen bei.

- **Stadtsparkasse München**
IBAN: DE86 7015 0000 0000 2030 00, BIC: SSKMDEMM
- **HypoVereinsbankAG München**
IBAN: DE34 7002 0270 0000 0813 00, BIC: HYVEDEMMXXX

Verwendungszweck: 92004301010105

Beizufügende Unterlagen

Bitte senden an:

Kreisverwaltungsreferat (KVR)
Hauptabteilung II
Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde
Garmischer Straße 19/21
81373 München

- | | |
|--------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | vollständig ausgefülltes Antragsformular erstmalige Erteilung einer Fahrerlaubnis |
| <input type="checkbox"/> | Anlage 1 - Foto-/ Unterschriftsblatt (Bitte unterschreiben Sie auf dem für die Unterschrift vorgesehenen Feld. Ihre Unterschrift wird gescannt und in Ihre Fahrerlaubnis übernommen) |
| <input type="checkbox"/> | ein aktuelles, biometrisches Lichtbild (Bitte schreiben Sie auf die Rückseite Ihren Vor- und Nachnamen) |
| <input type="checkbox"/> | eine aktuelle Sehtestbescheinigung (im Original) |
| <input type="checkbox"/> | ein Nachweis über die Teilnahme in Erster Hilfe (im Original) |
| <input type="checkbox"/> | eine Farbkopie der Seite Ihres Personalausweises, Reisepasses oder ausländischen Nationalpasses auf dem Ihr Name, Bild und Ausweisnummer ersichtlich sind |
| <input type="checkbox"/> | Kopie der Überweisungsbestätigung für die Gebühren |

Bestätigung

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die allgemeinen Bemerkungen und Hinweise zum Antragsverfahren gelesen und verstanden zu haben. Ich bin mit diesen einverstanden.

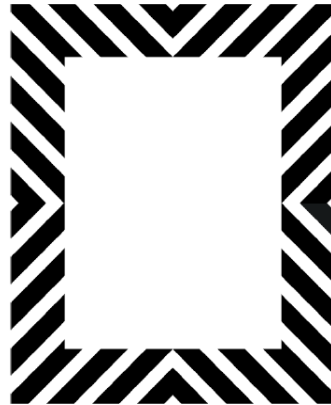
Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller*in

Anlage 1 - Foto-/ Unterschriftsblatt – nicht knicken

Bitte biometrisches Lichtbild dem Antrag beilegen, nicht einkleben und mit Ihrem Vor- und Nachnamen auf der Rückseite versehen.



Für Ihre Unterschrift:

- ▼ Bitte mittig, innerhalb der schwarzen Umrandung unterschreiben.
Nicht auf die schwarze Linie schreiben



Nachname	Vorname(n)
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Anlage 2



Landeshauptstadt
München
Kreisverwaltungsreferat

Informationspflichten

- Erhebung von Daten bei der betroffenen Person, Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) -

1. Anlass der Erhebung

Die Landeshauptstadt München hat Daten von Ihnen im Zuge eines Antrages auf Erteilung einer allgemeinen Fahrerlaubnis, einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung oder einer Fahrerlaubnis, eines Antrages auf Umtausches in den Kartenführerschein oder eines Ersatzführerscheins, im Rahmen der Ausstellung eines Internationalen Führerscheins oder fahrerlaubnisrechtlicher Maßnahmen erhoben.

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltungsreferat
Hauptabteilung II
Bürgerangelegenheiten
Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde
Eichstätter Str. 2
80686 München
Telefon: 089/233-96090
E-Mail: fuehrerscheine.kvr@muenchen.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landeshauptstadt München
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Sendlinger Str. 1
80331 München
Telefon: 089/233-00
E-Mail: datenschutz@muenchen.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden erhoben zur Speicherung, Löschung und Änderungen von persönlichen und fahrerlaubnisrechtlichen Daten im örtlichen und zentralen Fahrerlaubnisregister und Fahreignungsregister, sowie zur Herstellung des Kartenführerscheins bei der Bundesdruckerei.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit

- §§ 48 Straßenverkehrsgesetz (StVG)
 - §§ 21, 49, 57, 59 Fahrerlaubnisverordnung (FeV)
 - §§ 57, 59 Fahrlehrergesetz - FahrlG
- erhoben.

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Die öffentliche Stelle verarbeitet folgende personenbezogenen Daten von Ihnen: Familienname, Geburtsname, Vornamen, sonstige frühere Namen, Ordens- oder Künstlername, Datum und Ort der Geburt, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Anschrift, Lichtbild und Unterschrift.

Daten über Art, Umfang und Gültigkeit der Fahrerlaubnis, Erkenntnisse aus dem Fahreignungsregister und Bundeszentralregister, Nachweise nach den Vorschriften über die Erste Hilfe oder anderen Qualifikationen in medizinischen Berufen, Nachweise über Fahrerlaubnisprüfungen und Ortskundeprüfungen, Nachweise und Erkenntnisse über die gesundheitliche und charakterliche Eignung, Nachweise nach den Vorschriften des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes, Nachweise über Maßnahmen nach den Vorschriften über das Punktsystem und Fahrerlaubnis auf Probe.

Anwärterbefugnisse und Fahrlehrerlaubnisse, Seminarerlaubnisse, Fahrschulerlaubnisse und Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaftsfahrschule, Zugehörigkeit zu einer Kooperation, Zweigstellenerlaubnisse, Beschäftigungsverhältnisse von Fahrlehrern, Ausbildungsverhältnis von

Fahrlehreranwärtern, Tätigkeit als Ausbildungsfahrlehrer, Betrieb als Ausbildungsfahrschule, amtliche Anerkennungen von Fahrlehrerausbildungsstätten, deren Inhaber und verantwortliche Leitung.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an: Kraftfahrtbundesamt (zentrales Fahrerlaubnisregister, zentrales Fahreignungsregister), Bundesdruckerei, Technische Prüfstellen, (ausländische) Stellen, die für die Verfolgung von Straftaten, zur Vollstreckung oder zum Vollzug von Strafen, für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und die Vollstreckung von Bußgeldbescheiden und ihren Nebenfolgen, für Verwaltungsmaßnahmen oder für Verkehrs- und Grenzkontrollen zuständig sind, vom Betroffenen im Rahmen der Fahreignung beauftragte Untersuchungsstellen.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Drittland oder internationale Organisation nach § 55, 56 StVG, § 63 FahrlG, Richtlinie 2011/82/EU: Geeignete Garantien im Falle einer Übermittlung nach Art. 49 Abs. 1 Satz 2 DSGVO.

Stellen, die für die Verfolgung von Straftaten, zur Vollstreckung oder zum Vollzug von Strafen, für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und die Vollstreckung von Bußgeldbescheiden und ihren Nebenfolgen, für Verwaltungsmaßnahmen oder für Verkehrs- und Grenzkontrollen zuständig sind

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Löschfrist:

I. Daten im örtlichen Fahrerlaubnisregister werden nach § 61 Abs. 3 und 4 StVG gelöscht, soweit die zugrunde liegende Fahrerlaubnis vollständig oder hinsichtlich einzelner Fahrerlaubnisklassen erloschen ist oder eine amtlich Mitteilung über den Tod des/der Betroffenen eingeht oder bei Vollerfüllung des 110. Lebensjahres der betroffenen Person. oder eine Übernahme in das zentrale Fahrerlaubnisregister erfolgt §65 Abs. 2 Nr. 3 StVG.

Die nach dem Fahrlehrergesetz im Fahrerlaubnis- bzw. Fahreignungsregister gespeicherten Daten sind gemäß § 67 FahrlG 5 bzw. 10 Jahre nach Eintritt der Unanfechtbarkeit oder sofortigen Vollziehbarkeit der Entscheidungen zu löschen. Nach Erlöschen oder Beendigung der Erlaubnisse, Anerkennungen, Rechtsverhältnisse und der Aktivitäten beträgt die Löschfrist 5 Jahre. Ansonsten werden die Daten nach der amtlichen Mitteilung über den Tod des Eingetragenen gelöscht.

II. Vorgelegte Unterlagen im Rahmen des Antrages werden nach 10 Jahren gelöscht oder vernichtet. Lichtbild und Unterschrift werden 2 Jahre nach Abschluss des Antrages gelöscht.

III. Registerauskünfte, Führungszeugnisse, Gutachten und Gesundheitszeugnisse sind gem. § 2 Abs. 9 StVG nach spätestens 10 Jahren zu vernichten, es sei denn, mit ihnen in Zusammenhang stehende Eintragungen im Fahreignungsregister oder im Zentralen Fahreignungsregister sind nach den Bestimmungen für diese Register zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt zu tilgen oder zu löschen.

Es sind zu löschen:

I. Die im Fahrerlaubnisregister enthaltenen Daten über Bestand, Art, Umfang, Gültigkeitsdauer, Verlängerung und Änderung der Fahrerlaubnis, Datum des Beginns und des Ablaufs der Probezeit, Nebenbestimmungen zur Fahrerlaubnis gemäß § 50 StVG und über die Fahrlehrerlaubnis gem. § 59

Abs. 3 FahrIG.

II. Die im Fahreignungsregister enthaltenen fahrerlaubnisrechtlichen Maßnahmen nach § 28 StVG und Maßnahmen nach dem Fahrlehrergesetz gem. § 59 Abs. 2 FahrIG.

III. Antrag und vorgelegte Unterlagen im Rahmen des Antrags auf eine Fahrerlaubnis, Fahrlehrerlaubnis.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige

personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.